

„In Konstanz versammelten sich am Samstagabend nach Schätzungen der Polizei zwischen 1.500 und 2.000 Protestierende auf dem Münsterplatz.“ – SWR, 27.2.2022

s.a. <https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/konstanz-will-keinen-krieg;art372448,11059178>

Ansprache, Wolfgang Seibel ([wolfgang.seibel@uni-konstanz.de](mailto:wolfgang.seibel@uni-konstanz.de))

Ich möchte zunächst meinen Dank aussprechen an die studentischen Organisationen, die diese Kundgebung vorbereitet haben. Unsere Versammlung ist Ausdruck von lebendigem Protest und einer buchstäblich von Herzen kommenden Solidarität. Aufgerufen haben bezeichnenderweise und erfreulicherweise junge Menschen aus einem breiten Spektrum politischer Orientierungen. Bei aller Düsternis des Schreckens, den Russlands Krieg über die Menschen in der Ukraine gebracht hat, ist das ein Zeichen der Ermutigung.

Viel ist in den letzten Tagen über die Fehler namentlich der deutschen außenpolitischen Orientierung und auch der praktischen Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen und geschrieben worden. Ich will hier, ganz bewusst bei dieser Gelegenheit, einen Aspekt herausgreifen, der nicht etwa nur die politischen Eliten und die Gestalter der sogenannten Geopolitik betrifft, sondern uns alle. Und das mit Bezug auf die Rolle kleiner und mittlerer Staaten mitten in Europa zwischen dieser wirtschaftlich so mächtigen deutschen Bundesrepublik und dem allein durch seine territoriale Ausdehnung und den Besitz von Atomwaffen so unverrückbar mächtigen Russland. Hand aufs Herz: Wer von uns hatte bis vor wenigen Tagen eigentlich einen Begriff von und ein Interesse an den Nationen in Mittel- und Osteuropa? Machen wir uns nichts vor: Wir waren, wenn es um Osteuropa ging, fast immer nur auf Russland fixiert. Vor 1989, als Moskau nun einmal tatsächlich das Machtzentrum Osteuropas war, hatte das sogar eine gewisse Logik, eine zynische Logik, um genau zu sein. Es blieb nämlich immer Ausdruck einer im buchstäblichen Sinne hegemonialen Mentalität. Noch in den allerletzten Tagen und Wochen als über die Geschichte der NATO-Osterweiterung diskutiert wurde, konnte man den Eindruck gewinnen, dass manche, ausgerechnet in Deutschland, die Machtprojektionen von Vladimir Putin und der Clique von Ja-Sagern in seiner Umgebung höher gewichteten als das Selbstbestimmungsrecht der Staaten in Mittel- und Osteuropa. Und das trotz der Erfahrungen des Tschetschenienkriegs Ende der 1990er Jahre, des Georgien-Kriegs mit der Errichtung von Marionettenregimen in Süd-Ossetien und Abchasien 2008 und eben mit der Annexion der Krim 2014, durch die Russland zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa wieder Grenzen unter Anwendung von Waffengewalt verändert hat.

Meine Generation hat den Krieg, den Deutschland 1939 mit dem Überfall auf Polen begann, nicht erleben müssen, wir sind im sogenannten Kalten Krieg aufgewachsen. Und nicht wenige von uns, mich selbst eingeschlossen, haben sich den Luxus der Naivität und der Gleichgültigkeit geleistet. Naiv waren wir, weil wir annahmen, die Ordnung der hochgerüsteten Blockkonfrontation sei stabil. Gleichgültig waren wir – wiederum nicht alle, aber zu viele – gegenüber

den Menschen, die in den Diktaturen Mittel- und Osteuropas leben mussten. Wer auf die permanenten schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Herrschaftsbereich der damaligen Sowjetunion auch nur hinwies, durfte sich nicht wundern, als Kalter Krieger abgestempelt zu werden.

Diese Sicht der Welt, die viele von uns sich damals leisteten, war nicht nur moralisch zweifelhaft, sie war vor allem auch unrealistisch. Und das hätte man schon lange vor 1989 erkennen können. An dem, was man in der damaligen Sprache „Volksaufstand“ nannte. 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der damaligen Tschechoslowakei. Auch die Verhängung des Kriegsrechts 1981 in Polen gehört in diese Reihe. Autoritäre Regime und Diktaturen sind von Hause aus instabil. Und genau deshalb verfallen sie immer wieder in eine Spirale der Gewalt nach Innen und nach Außen. 1989 hat sich Michail Gorbatschow dieser Gewaltspirale verweigert. Seine Generäle und ihre Handlanger – auch die in der DDR – hatten die „chinesische Lösung“ bereits vorbereitet, also die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegungen in Mittel- und Osteuropa nach dem Vorbild des Massakers vom Tiananmen Platz vom 4. Juni 1989. In Putins Russland hat Gorbatschow für seine Klugheit einen Preis bezahlt, der aus der Römischen Kaiserzeit bekannt ist als *Damnatio Memoriae*: die Löschung aus dem nationalen Gedächtnis.

Die Logik und die absolute Skrupellosigkeit von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine führen uns vor Augen, dass der Rückfall in die Diktatur und damit in die Unterdrückung jeglicher Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft über kurz oder lang nicht nur den Zusammenhalt einer Gesellschaft zerschlägt, sondern auch zur Zerschlagung einer internationalen Friedensordnung führen kann. Die mit Russlands Hilfe erfolgte Niederschlagung der Demokratiebewegung in Belarus war, wie wir nun erkennen, nur ein Vorspiel. Aber: Wo war unsere Solidarität mit den Menschen in Belarus? Heute sehen wir, dass auch *unsere* Untätigkeit einen Beitrag dazu geleistet hat, dass heute die Ukraine auch von Norden angegriffen wird, aus Belarus, wo Lukaschenko sich durch Putins Intervention nach einer manipulierten Präsidentschaftswahl an der Macht halten konnte.

Die Konsequenzen für die Ukraine werden, so muss man befürchten, unsere schlimmsten Erwartungen übertreffen. Kein Zweifel kann daran bestehen, dass Putin in Kiew eine Marionettenregierung einsetzen will. Kein Zweifel auch daran, dass dies mit absolut skrupelloser Gewalt gegen jeglichen Widerstand oder auch nur Anzeichen des Protestes einhergehen wird. Aber Naivität und Gleichgültigkeit sind nun endgültig keine Option mehr. Kundgebungen wie diese entfalten sich in diesen Tagen mit großer Kraft, aber sie können nur der Anfang sein. Jetzt kommt es auf nachhaltige Unterstützung der Menschen in der Ukraine an. Mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln. Mit unseren Netzwerken, mit unseren Freundschaften mit Ukrainerinnen und Ukrainern, aber, dass möchte ich betonen, auch mit denjenigen Russinnen und Russen, die unter uns leben und die ganz überwiegend beschämt sind durch das, was der Diktator im Kreml unter Missbrauch des guten Namens der russischen Nation an Verbrechen verübt.

Unsere Universität, an der ich seit 32 Jahren lehre, war seit Beginn ihrer noch jungen Existenz immer ein Ort des internationalen Austauschs und der Freundschaft auch mit ukrainischen ebenso wie mit russischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Mit Nachdruck unterstützen wir den Aufruf, den vorgestern mehr als 50 russische Kolleginnen und Kollegen im Protest gegen den von Putin diktierten Überfall auf die Ukraine veröffentlicht haben.<sup>1</sup> Aus diesem Aufruf möchte ich zum Abschluss folgendes zitieren auf Grundlage einer Übersetzung, die Kolleg:innen des Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) angefertigt haben:

„Die Ukraine war und ist ein Land, das uns nahesteht. Viele von uns haben Verwandte, Freunde und Kollegen in der Ukraine. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die Entfesselung des Krieges für die geopolitischen Ambitionen der russischen Führung, getrieben von zweifelhaften geschichtspolitischen Phantasien, ist ein zynischer Verrat an ihrem Vermächtnis. Wir respektieren die ukrainische Staatlichkeit, die sich auf funktionierende demokratische Institutionen stützt. Wir haben Verständnis für die proeuropäische Entscheidung unserer Nachbarn. Wir sind überzeugt, dass alle Probleme in den Beziehungen zwischen unseren Ländern friedlich gelöst werden können. Durch die Entfesselung des Krieges hat sich Russland selbst zur internationalen Isolation, zur Position eines Pariastaates verurteilt. (...) Wir fordern die sofortige Einstellung aller Militäraktionen gegen die Ukraine. Wir fordern die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates. Wir fordern Frieden für unsere Länder.“

Für diesen Moment möchte ich dem nichts hinzufügen.

---

<sup>1</sup> Lt. ARD-Brennpunkt vom 26.2.2022, 20:15 Uhr, „fast 400“ Unterzeichner.